A38 Wir bringen Europa in Bewegung!

Antragsteller*in: Henrike Müller
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Das Jahr 2017 startete europapolitisch mit großen Sorgen um das potentielle Erstarken von EU-Skeptikern und Rechtspopulisten in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland. Zum Ende des Jahres verbreitet sich in Europa wieder mehr Zuversicht und Gestaltungswille. Kommissionspräsident Juncker machte in seiner Rede zur Lage der Union deutlich, in welchen Bereichen er dringenden Innovationsbedarf sieht. Der französische Präsident Emmanuel Macron nahm das Ziel einer stärkeren, demokratischen und einigen Union in seine Europa-Reden auf und forderte alle RegierungsvertreterInnen auf, "keine Verwalter mehr zu sein". Und die estnische Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid formulierte mit der Forderung nach der „fünften Freiheit“ eine Idee der digitalen Zukunft für die Europäische Union.

Wir GRÜNE teilen die von Kommissionspräsident Juncker in der Rede zur Lage der Union dargelegten Forderungen, insbesondere:

- die unbedingte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommen,
- die weitere Parlamentarisierung und Demokratisierung der EU, insbesondere durch transnationale Listen und die Nominierung von Spitzenkandidaten für die Europawahlen,
- Wahl eines/r EU-KommissarIn für Wirtschaft und Währung als nächste/n PräsidentIn der Eurogruppe, der die Strukturreformen in den Mitgliedsstaaten voranbringt und dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich ist;
- den Ausbau einer humanitären und solidarischen Migrationspolitik,
- die Entwicklung einer solidarischen und kohärenten Afrikapolitik,
- die Gewährleistung der Gleichbehandlung aller EU-BürgerInnen,
- die Angleichung der arbeitsmarktpolitischen Standards,
- die Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit.

Wir GRÜNE unterstützen Junckers Mahnung, dass es zwischen Ost und West keine Ungleichbehandlung geben darf, dass in der Europäischen Union Rechtsstaatlichkeit und Respekt vor der Justiz keine „Option, sondern Pflicht“ ist. Dies gilt für alle Mitgliedsstaaten ebenso wie in den Beziehungen der Europäischen Union zu den Nachbarregionen.

Wir GRÜNE unterstützen ausdrücklich Präsident Macrons Forderungen nach mutigen Reformen in der Europäischen Union, insbesondere:

- die Errichtung einer europäischen Asylbehörde,
- die Verstärkung der Zusammenarbeit bei innerer und äußerer Sicherheit,
- die Einführung einer gemeinsamen CO2-Steuer,
- die Erhöhung der finanziellen Ressourcen für die Entwicklungshilfe,
- die Reform der Agrar- und der Energiepolitik,
- die Einführung von transnationalen Listen bei der Europawahl 2019

Wir GRÜNE unterstützen die estnische Idee der „fünften Freiheit". Zusätzlich zu den vier Grundfreiheiten ist es höchste Zeit, dass digitale Bürgerservices und Dienstleistungen, wie es sie in Estland längst gibt, in der EU auch grenzüberschreitend möglich gemacht werden.

Wir GRÜNE fordern, dass sich die europapolitischen Aufbruchsimpulse aus Brüssel, Paris und Tallinn in den die deutschen Koalitionsverhandlungen im Ergebnis eine klare deutsche Antwort auf die europapolitischen Reform- und Aufbruchsimpulse aus Brüssel, Paris und Tallinn geben und abbilden und erwarten daher von unserer Verhandlungskommission, dass sie eine deutliche grüne europapolitische Handschrift als Ergebnis der Koalitionsverhandlungendie künftige deutsche Europapolitik mit einer deutlich grünen Handschrift mitgestaltet.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Robert Hodonyi; Hermann Kuhn; Ulrike Liebert; Helga Trüpel; Tobias Pinkel; Ralph Saxe; Landesvorstand